

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bernertshof
3003 Bern

Bern, 30. September 2022

Stellungnahmen zum NFA

- **Finanzausgleich 2023 zwischen Bund und Kantonen.**
- **Anpassung von Art. 57c der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) übermittelte der FDK den Bericht vom Juni 2022 über den Finanzausgleich 2023 zwischen Bund und Kantonen zur Stellungnahme. Wir unterbreiteten den Bericht gemäss gängiger Praxis¹ den Kantonsregierungen. Gleichzeitig konsultierte die EFV die Kantonsregierungen betreffend Anpassung von Art. 57c der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaV). Die FDK-Plenarversammlung sprach sich am 30. September 2022 zu diesen Geschäften des NFA aus und äussert sich dazu wie folgt.

In Bezug auf den **Bericht über den Finanzausgleich 2023 zwischen Bund und Kantonen** haben sämtliche Kantone die für Ihren Kanton verwendeten Zahlen, im Besonderen jene des neuesten Bemessungsjahrs 2019, geprüft und zum Bericht Stellung genommen (siehe Beilage). Gestützt darauf nimmt die FDK den Bericht der EFV zur Kenntnis und stellt **keine Anträge zu den Zahlen 2023**. Zweck der jährlichen Anhörung zu Ausgleichszahlungen des Folgejahres ist der Vollzug des Finanzausgleichs und die Prüfung der Datengrundlagen. Die FDK äussert sich deshalb an dieser Stelle nicht zur Wirksamkeit, zur Dotation oder zu Möglichkeiten der Weiterentwicklung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs.

Im Weiteren **unterstützt die FDK die von der EFV vorgeschlagene Präzisierung von Art. 57c Abs. 2bis FiLaV**. Mit dieser expliziten Regelung in den Übergangsbestimmungen sollen allfällige Unklarheiten oder Missverständnisse bei der Gewichtung ehemaliger Statusgesellschaften, die seit der Einführung der STAF (Steuerreform und AHV-Finanzierung) aufgehoben wurden, verhindert und in der Folge Verzerrungen bei der Berechnung des Ressourcenpotenzials der Kantone vermieden werden.

¹ Vgl. Botschaft zur Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs sowie zum Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Rahmen des Übergangs zur NFA vom 8. Dezember 2006 (BBl 2007 736 f.).

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Präsident:



Regierungspräsident Ernst Stocker

Der Generalsekretär:



Dr. Peter Mischler

Beilage

- Synopse der Stellungnahmen der Kantone zur Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2023

Kopie (Mail)

- Mitglieder FDK
- Sekretariat KdK

FDK / CDF	Finanzausgleich 2023 zwischen Bund und Kantonen. Stellungnahme zum Bericht der EFV	Plenarversammlung / Assemblée plénière	30.09.2022
		Traktandum	5 – Beilage 1

Geht an:	Mitglieder FDK
Datum:	16.09.2022

1. Ausgangslage

Die FDK führt im Zusammenhang mit der Festsetzung der Finanzausgleichstransfers jährlich eine Anhörung bei den Kantonsregierungen durch. Mit Brief vom 13. Juni 2022 bat die FDK die Kantonsregierungen um eine Stellungnahme bis 19. August 2022. Die Anhörung bezog sich auf die Datengrundlagen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2022 über den Finanzausgleich 2023 zwischen Bund und Kantonen. Die vorliegende Notiz fasst die kantonalen Stellungnahmen zusammen. Die Fachgruppe Qualitätssicherung befasste sich an ihrer Sitzung vom 26. August 2022 mit der technischen Beurteilung des Umfrageergebnisses. Der FDK-Vorstand nahm das Ergebnis am 16. September 2022 zur Kenntnis.

2. Zusammenfassung

Es sind Rückmeldungen aus sämtlichen Kantonen eingegangen. Anträge zur Wirksamkeit, Dotation und Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Finanzausgleichs sind nicht Gegenstand der Anhörung.

Von einem Kanton wurden Anliegen betreffend Datengrundlagen übermittelt:

- Kanton NE: Der Kanton NE war nicht in der Lage, die Berechnung der für den Ressourcenausgleich verwendeten massgebenden Bevölkerung zu rekonstruieren. In ähnlicher Weise war es dem Kanton NE nicht möglich, die massgebende ausländische Bevölkerung zu überprüfen, die für den Ausgleich der Sonderlasten aufgrund der Bevölkerungsstruktur verwendet wird, da die Daten nicht zur Verfügung standen. In diesem Sinne fordert der Kanton NE, dass diese Daten den Kantonen künftig zur Verfügung gestellt werden können.

3. Stellungnahme der Kantone

Kanton	Stellungnahme zu den Zahlen 2023
AG 17.8.	<p>"(...) Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den Daten. Die Prüfung der Datengrundlagen hat keine Hinweise auf Fehler oder Unklarheiten bei den für den Kanton Aargau verwendeten Daten ergeben.</p> <p>Wir haben somit keine Bemerkungen oder Anpassungsanträge zum Bericht. (...)"</p>
AI 30.6.	<p>"(...) Die Ständekommission hat die Zahlen 2019 geprüft und festgestellt, dass die Zahlen den eigenen Berechnungen entsprechen. Die Datengrundlagen für die Jahre 2017 und 2018 wurden summarisch überprüft. Es wurden keine Fehler festgestellt. Die Datenbasis 2019, die neu für die Berechnung des NFA 2023 beigezogen wird, ersetzt die Zahlen des Jahrs 2016. Somit kommt der Mittelwert der Jahre 2017 bis 2019 zur Anwendung. Sämtliche gelieferten Zahlen zu den Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und der Gewinne der juristischen Personen 2019 konnten verifiziert werden. Die Ständekommission erklärt sich mit den provisorischen NFA-Zahlen 2023 einverstanden. (...)"</p>
AR 4.7.	<p>"(...) Der Regierungsrat AR hat am 28. Juni 2022 den Bericht über den Finanzausgleich 2023 zwischen Bund und Kantonen zustimmend zur Kenntnis genommen und das Departement Finanzen beauftragt, der FDK mitzuteilen, dass die Berechnungen des Bundes korrekt sind und keine Anträge gestellt werden. (...)"</p>
BE 17.8.	<p>"(...) Gerne nimmt der Regierungsrat des Kantons Bern nachfolgend die Gelegenheit zur Stellungnahme wahr. Der Regierungsrat nimmt davon Kenntnis, dass der Prozess der Erhebung, Lieferung und Verarbeitung der Daten, an dem die Kantone, die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), das Bundesamt für Statistik (BFS) und die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) beteiligt sind, im ersten Halbjahr 2022 erfolgte. Die Fachgruppe «Qualitätssicherung» begleitete den Prozess und nahm am 7. Juni 2022 den Bericht zustimmend zur Kenntnis.</p> <p>Unsere zuständigen kantonalen Fachämter haben die statistischen Grundlagen für die Berechnung des Ressourcenausgleichs (Steuerverwaltung) bzw. des Lastenausgleichs (Finanzverwaltung) des Kantons Bern soweit als möglich geprüft. In diesem Zusammenhang wurden grundsätzlich keine Mängel erkannt.</p> <p>Die Höhe der Ausgleichszahlungen 2023 an den Kanton Bern wird indessen wie in den beiden Vorjahren massgeblich durch einen Sondereffekt beeinflusst, welcher sich in finanzieller Hinsicht sehr nachteilig auf den Kanton Bern auswirkt(e). Der Regierungsrat hat den Sondereffekt in seinen Stellungnahmen zu den Finanzausgleichszahlungen 2021 und 2022 ausführlich beschrieben und entsprechend bei der FDK sowie beim Bundesrat interveniert. Sowohl die FDK wie auch der Bundesrat lehnten in der Folge eine Änderung der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (FilaV), welche den Sondereffekt berücksichtigt hätte, bedauerlicherweise ab. Vor diesem Hintergrund verzichtet der Regierungsrat auf einen erneuten Antrag zur Berücksichtigung des Sondereffektes im Rahmen der Konsultation zu Ausgleichszahlungen 2023 und nimmt die vorliegenden Ergebnisse der Anhörung zur Kenntnis. (...)"</p>
BL 16.8.	<p>"(...) Wir haben die von uns gelieferten Zahlen für das Bemessungsjahr 2019 geprüft. Diese wurden korrekt für den Finanzausgleich 2023 übernommen. Wir stellen keine Anträge. (...)"</p>
BS 16.8.	<p>"(...) Wir haben die im Bericht dargelegten Zahlen für den Kanton Basel-Stadt geprüft und keine Ungereimtheiten festgestellt. In technischer Hinsicht erscheinen uns die Berechnungen plausibel und wir nehmen sie zur Kenntnis. (...)"</p>
FR 16.8.	<p>"(...) D'une manière générale, le rapport de l'Administration fédérale des finances (AFF) relatif à la péréquation financière entre la Confédération et les cantons pour l'année 2023 et les informations complémentaires mises à disposition sur son site Internet présentent clairement les évolutions intervenues depuis l'année dernière. Ils fournissent les éléments nécessaires aux administrations cantonales pour s'assurer du bon usage des données concernant directement leur canton et procéder à une vérification des calculs.</p>

	<p>En matière de péréquation des ressources, l'analyse de la Direction cantonale des finances n'a pas révélé de différences significatives en ce qui concerne les données utilisées et les calculs effectués pour le canton de Fribourg. Ces données et calculs peuvent être considérés comme validés.</p> <p>Le constat est similaire pour la compensation des charges géo-topographiques et socio-démographiques. Les données de base et les calculs relatifs à ces deux instruments peuvent être considérés comme approuvés par le canton de Fribourg.</p> <p>En ce qui concerne la compensation des cas de rigueur, les explications données et les chiffres communiqués n'appellent pas d'objection de notre part. Nous prenons acte de la diminution de 5 % des montants perçus et versés dans le cadre de cet instrument. Elle est conforme à ce qui est prévu par la loi sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC, art. 19 al. 3).</p> <p>Nous relevons encore l'évolution de la dotation des mesures d'atténuation temporaires visant à atténuer les effets de la réforme 2020 de la péréquation financière sur les cantons à faible potentiel de ressources. La répartition de la dotation 2023 est conforme aux prescriptions de l'article 19c de la PFCC et peut être considérée comme validée par le canton de Fribourg. (...)"</p>
GE 25.7.	<p>"(...) Les vérifications opérées par mes services permettent de conclure que les calculs du potentiel de ressources effectués par l'administration fédérale des finances (AFF) sont bien basés sur les données qui ont été transmises et respectent les formules de calcul de l'ordonnance sur la péréquation financière et la compensation des charges.</p> <p>Les contrôles réalisés sur les bases de données pour la compensation des charges liées à la structure sociodémographique permettent également de valider les calculs de l'AFF dans ce domaine.</p> <p>En conclusion, ces résultats permettent de valider les bases de calcul des chiffres de la péréquation financière pour l'année 2023 telles qu'elles nous ont été présentées dans le rapport de l'AFF. (...)"</p>
GL 16.8.	<p>"(...) Wir haben die Daten des Kantons Glarus zum Finanzausgleich 2023 zwischen Bund und Kantonen summarisch geprüft und konnten keine Fehler feststellen.</p> <p>Wir danken und vertrauen auf die wertvolle Arbeit der Bundesbehörden. Der Kanton Glarus nimmt die Berechnungen für den Finanzausgleich 2023 gemäss dem Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2022 zur Kenntnis. (...)"</p>
GR 17.8.	<p>"(...) Wir haben die im Bericht "Finanzausgleich 2023 zwischen Bund und Kantonen" der Eidgenössischen Finanzverwaltung EFV vom Juni 2022 für den Kanton Graubünden verwendeten Daten geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Für den Ressourcenausgleich (RA) neu erfasst ist das Bemessungsjahr 2019. Die RA-Daten betreffend den Kanton Graubünden sind unseres Erachtens korrekt berücksichtigt. Wir haben daher keine Korrekturanträge.</p> <p>Der Ressourcenindex (RI) für Graubünden liegt mit 83.2 Punkten um lediglich 0.3 Punkte über dem RI für das laufende Jahr 2022. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist damit wieder relativ klein. Die Stabilität - zeitlich vor den Auswirkungen der STAF auf die RA-Grundlagen - entspricht unseren Erwartungen. Der Ressourcenausgleich reduziert sich um gut Fr. 1 Mio. auf neu Fr. 123,8 Mio.</p> <p>Auch die Ursprungsdaten und Ergebnisse des für Graubünden sehr bedeutsamen geografisch-topografischen Lastenausgleichs (GLA) sind nach unserer Beurteilung korrekt und plausibel. Der GLA weist wie immer eine hohe Stabilität aus. Das Gesamtvolumen erhöht sich entsprechend der Teuerung April 2021 – April 2022 um 2,5% (Vorjahr + 0,3%). Für Graubünden beträgt der Anstieg des GLA entsprechend Fr. 3,5 Mio. Franken (auf Fr. 140,6 Mio.). Es gibt aus unserer Sicht keine Anhaltspunkte für fehlerhafte Daten bei der GLA-Berechnung. Wir haben deshalb keine Veranlassung für Änderungsanträge. (...)"</p>
JU 16.8.	<p>"(...) Les chiffres 2023 mis en consultation sont conformes à la tendance préalablement annoncée au printemps. Les données jurassiennes correspondent à nos extrapolations issues des données fiscales transmises. Demeure réservée l'influence d'une éventuelle correction ultérieure par un autre canton ou la découverte d'une erreur de saisie ou de reprise des données fiscales de base.</p> <p>Le Gouvernement jurassien ne veut pas ici relancer le débat sur la réforme de 2019 ou sur l'état actuel des disparités entre les cantons qui n'aura jamais été aussi important qu'en 2023, car il est conscient que la présente consultation est essentiellement technique.</p>

	Par contre, le Gouvernement jurassien reste absolument convaincu qu'il est urgent de sensibiliser l'ensemble des cantons de reprendre le dialogue confédéral quant aux différentes situations vécues par les cantons et de rééquilibrer rapidement le système RPT (péréquation et tâches/charges), car ce dernier s'écarte de plus en plus de ses objectifs légaux. A titre d'exemple, en 2023, l'écart séparant le canton le plus faible, le Valais, et le canton le plus fort, Zoug, progresse à nouveau et n'aura jamais été aussi élevé, avant et après péréquation, fragilisant la cohésion nationale. (...)"
LU 22.8.	"(...) Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir den Bericht der eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) zum Finanzausgleich 2023 zwischen Bund und Kantonen zuhanden der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK) geprüft haben. Unsere Dienststelle Steuern hat die für den Kanton Luzern verwendeten Zahlen einer Qualitätssicherung unterzogen und kann deren richtige Übernahme bestätigen. Wir verzichten deshalb auf Anträge zum Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2023. (...)"
NE 17.8.	"(...) Notre canton a pris connaissance des calculs et des données utilisées pour la péréquation des ressources, la compensation des charges et les mesures temporaires pour l'année 2023. Nous constatons à leur examen que les calculs ne présentent pas d'incohérence et que les données fiscales et statistiques utilisées sont correctes. Nous considérons donc que les chiffres pour l'année de référence 2023 sont fiables en ce qui nous concerne. Nous souhaitons néanmoins souligner que, malgré plusieurs recherches, notre service de statistique n'est pas en mesure de reconstituer le calcul effectué pour établir la population déterminante utilisée pour la péréquation des ressources. De manière similaire, il ne nous est pas possible de vérifier la population étrangère déterminante utilisée pour la compensation des charges excessives liées à la structure de la population, les données n'étant pas à notre disposition. En ce sens, il nous paraît opportun que ces informations, relevant à notre connaissance de l'OFS, puissent être mises à disposition des cantons à l'avenir. (...)"
NW 28.6.	"(...) Wir nehmen von den Berechnungen für das Jahr 2023 Kenntnis und haben keine weiteren Bemerkungen dazu. Die Daten unseres Kantons für das Jahr 2019 konnten wir anhand der vom kantonalen Steueramt gelieferten Steuerfaktoren verifizieren. (...)"
OW 23.8.	"(...) Wir haben die Steuerzahlen des Kantons Obwalden in den uns vorliegenden Berechnungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) geprüft, insbesondere jene für das neu hinzugekommen Bemessungsjahr 2019. Die Berechnungen basieren auf den vom Kanton gelieferten Daten und sind aus unserer Sicht - soweit beurteilbar - korrekt erfolgt und nachvollziehbar. Der Kanton Obwalden stellt deshalb keine Anträge. (...)"
SG 22.8.	"(...) Wir haben die im Bericht «Finanzausgleich 2023 zwischen Bund und Kantonen» der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) vom Juni 2022 veröffentlichten Beträge des Bundesfinanzausgleichs für das Jahr 2023 und die entsprechenden Datengrundlagen geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Bei der Kontrolle der von uns übermittelten Ursprungsdaten für den Ressourcenausgleich konnten keine Fehler festgestellt werden. Auch hat die Plausibilisierung der Ursprungsdaten der beiden Lastenausgleichsgefässe «Soziodemografischer Lastenausgleich» und «Geografischtopografischer Lastenausgleich» keine Mängel zu Tage gebracht. Es liegen uns somit keine Hinweise vor, wonach die Ausgleichsbeträge zugunsten des Kantons St. Gallen für das Jahr 2023 fehlerhaft sein konnten. (...)"
SH 16.8.	"(...) Wir haben die Zahlen der Eidgenössischen Finanzverwaltung EFV zum Finanzausgleich 2023 zwischen Bund und Kantonen für den Kanton Schaffhausen plausibilisiert und für nachvollziehbar befunden. Einwände zu den Daten bestehen keine. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme und deren Kenntnisnahme danken wir Ihnen. (...)"
SO 12.8.	"(...) Wir danken ihnen dafür und können ihnen mitteilen, dass wir vom Bericht sowie den darin enthaltenen Zahlen Kenntnis genommen haben. Wir haben die Zahlen plausibilisiert und können die Berechnungen nachvollziehen. Weitere Bemerkungen haben wir keine anzubringen. (...)"
SZ 5.7.	"(...) Der Kanton Schwyz hat die Berechnungen geprüft und festgestellt, dass – der Kanton Schwyz die richtigen Zahlen in der vorgeschriebenen Form geliefert hat; – die Berechnungen auf den vom Kanton Schwyz gelieferten Daten basieren; – und entsprechend davon auszugehen ist, dass die Berechnungen seitens EFV korrekt vorgenommen wurden. (...)"
TG 15.8.	"(...) Aus Sicht des Kantons Thurgau erscheinen die unterbreiteten Berechnungen und Daten nachvollziehbar und korrekt. Wir nehmen davon zustimmend Kenntnis. (...)"

<p>TI 24.8.</p>	<p>"(...) I dati utilizzati per determinare le quote perequative che spettano al Ticino secondo la legge sulla perequazione finanziaria sono stati controllati dall'Amministrazione cantonale e possono essere considerati corretti. Ritenuto inoltre che i dati di tutti Cantoni sono stati pubblicati solo dopo un attento esame del gruppo di lavoro "Qualitätssicherung", possiamo ritenere, in buona fede, che l'insieme delle valutazioni eseguite sia conforme ai criteri di qualità stabiliti nell'ordinanza concernente la perequazione finanziaria e la compensazione degli oneri.</p> <p>Confermiamo inoltre di avere esaminato i metodi di calcolo impiegati e anche da questo profilo non abbiamo osservazioni particolari da segnalare, vista la loro conformità all'ordinanza federale.</p> <p>Più in generale, il Canton Ticino ribadisce quanto già espresso in più occasioni, ovvero la richiesta di tenere conto in modo maggiormente adeguato della reale situazione in cui si trova il nostro Cantone. La richiesta concerne sia la compensazione degli oneri sia la perequazione delle risorse:</p> <ul style="list-style-type: none"> - compensazione degli oneri sociodemografici: lo strumento non considera minimamente i costi dovuti all'afflusso giornaliero di un numero importante di frontalieri nel territorio (traffico, costi esterni, pressione sui salari, ...). Si tratta di un evidente lacuna che richiede una correzione del sistema attraverso l'introduzione di un indennizzo per i cantoni di frontiera. Questa richiesta è oggi ancora più attuale considerando i dati perequativi del 2023, che indicano per il Ticino, nonostante l'aumento del montante dedicato alla compensazione degli oneri sociodemografici, una forte riduzione della quota compensativa. Un risultato, questo, non accettabile per il nostro Cantone e che era già accaduto lo scorso anno. - Compensazione degli oneri geotopografici: insistiamo sulla necessità di modificare l'indicatore concernente l'altitudine, facendo riferimento alle statistiche sviluppate dall'Ufficio federale di statistica per determinare la declività effettiva in base ai nuovi modelli di Swisstopo (vedi pagina 83 del rapporto sull'efficacia 2016-2019). La proposta consiste nel modificare l'attuale metodo di calcolo del declivio con uno volto a calcolare direttamente il declivio di un terreno indipendentemente dall'altitudine dello stesso (utilizzo dello SLOPE-METHOD al posto dell'attuale HEIGHT-METHOD). - Perequazione delle risorse: in questo ambito permane la necessità di considerare diversamente i redditi dei frontalieri nel potenziale di risorse tramite una riduzione più consistente della quota considerata, dall'attuale 75% al 50%; oppure attraverso la presa in conto, perlomeno parziale, del numero di frontalieri nella popolazione utilizzata per calcolare il potenziale pro-capite. Riteniamo infatti che non sia accettabile che i redditi dei frontalieri siano considerati nel potenziale delle risorse, mentre gli agenti che li generano no. Questo fatto è fortemente penalizzante per i Cantoni con un importante numero di frontalieri in quanto il calcolo del potenziale fiscale per abitante non contempla il reale numero al denominatore degli agenti che generano i redditi considerati e compresi al numeratore, sopravvalutando di fatto l'indicatore. (...)"
<p>UR 19.8.</p>	<p>"(...) Der Prozess der Erhebung, Lieferung und Verarbeitung der Daten, an dem die Kantone, die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), das Bundesamt für Statistik (BFS) und die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) beteiligt sind, erfolgte im ersten Halbjahr 2022. Die Fachgruppe «Qualitätssicherung» begleitete den Prozess und nahm am 7. Juni 2022 den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Für die Bemessungsjahre 2017 bis 2019 konnten alle Kantone korrekte Daten liefern, sodass keine Korrekturen vorgenommen werden müssen.</p> <p>Wir haben die zur Verfügung gestellten Daten - soweit möglich - geprüft. Dabei haben wir keine Mängel festgestellt. Der Regierungsrat hat den Bericht und die darin enthaltenen Erläuterungen und Zahlen bzw. Berechnungen für den Ressourcen-, lasten- und Härteausgleich 2023 zur Kenntnis genommen und ist damit einverstanden. (...)"</p>
<p>VD 29.6.</p>	<p>"(...) Les données de base transmises par le Canton de Vaud ainsi que leur utilisation dans les calculs qui déterminent l'indice des ressources ont pu être contrôlées grâce aux informations figurant dans le rapport de l'Administration fédérale des finances (AFF) du 14 juin 2022 ou au moyen des tableaux Excel mis à disposition par l'AFF sur son site internet.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dès lors, les chiffres 2023 pour le Canton de Vaud sont acceptés par le Conseil d'Etat, sous réserve des éléments suivants : dans l'hypothèse où une erreur devait être découverte a posteriori, le Canton de Vaud se réserve la possibilité de faire valoir des corrections rétroactives, en se fondant au besoin sur les conditions posées par l'art. 9a PFCC ; • notre Canton n'a la faculté de vérifier ni la qualité et l'exactitude des données de base des autres cantons, ni la reprise et l'utilisation correcte de ces données dans les calculs effectués par l'AFF.

	<p>Conclusion</p> <p>Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud accepte les chiffres présentés dans le rapport de l'Administration fédérale des finances (AFF) relatif à la péréquation financière 2023 entre la Confédération et les Cantons, sous les réserves expressément mentionnées ci-dessus. (...)"</p>
<p>VS 17.8.</p>	<p>"(...) Après analyse et vérification par l'Administration cantonale des finances, le Conseil d'Etat estime ainsi que les livraisons de données réalisées pour notre canton pour le calcul de la péréquation intercantonale 2023 sont correctes.</p> <p>Il prend ainsi acte des chiffres publiés et saisit l'occasion de la présente audition pour relever les éléments suivants.</p> <p>Suite aux modifications légales introduites en fin de période administrative passée pour modifier le système d'alimentation de la péréquation des ressources, nous avons constaté que les cantons à faible potentiel de ressources étaient prétérités par la limite introduite d'un indice minimum garanti de 86,5 points après péréquation des ressources. Entre 2021 et 2022, le fonds de péréquation des ressources avait diminué ainsi de 2,448 mios à 2,409 mios de francs avant les mesures d'atténuation. Pour 2023, nous constatons que les disparités entre les cantons à fort et à faible potentiel de ressources se sont à nouveau sensiblement accrues. Le fonds des ressources atteint ainsi 2,607 mios de francs. Nous prenons note avec satisfaction de la hausse prévue de quelque 48,3 mios de francs au titre de la péréquation des ressources pour notre canton tout en constatant que notre indice de ressources se détériore encore pour reculer de 0,9 point de pourcent à 63,8 points.</p> <p>En tenant compte des mesures d'atténuation et de la hausse du fonds de compensation des charges, notamment en raison du renchérissement, la hausse nette de la péréquation en notre faveur s'élève à 43,8 mios de francs. Les mesures de compensation ne sont donc pas suffisantes à notre sens, et le montant du fonds devrait être revu, sachant qu'il baissera déjà de 40 mios entre 2022 et 2023.</p> <p>Ce changement de système, combattu par les cantons les plus faibles, est donc difficilement compréhensible, si ce n'est que le but recherché était de simplement limiter la contribution des cantons les plus forts et par là-même également celle de la Confédération. Nous demandons à ce que la limite minimale garantie de 86,5 soit revue et rehaussée, ou alors que le fonds des mesures d'atténuation soit sensiblement augmenté dès 2024. Dans un système confédéral équilibré et solidaire, il n'est en effet pas correct que seuls deux cantons, soit ceux du Jura et du Valais, soient concernés par la limite après péréquation de 86,5 points. Etant les plus faibles en termes de potentiel de ressources, ces deux cantons sont donc prétérités par rapport aux autres cantons à faible potentiel de ressources d'une part, ceci pour permettre des économies aux cantons à fort potentiel de ressources et à la Confédération d'autre part.</p> <p>Ainsi, bien que l'audition n'amène pas de remarque particulière en ce qui concerne le calcul des chiffres 2023, le Gouvernement valaisan réitère son inquiétude quant à l'avenir du système de péréquation fédérale et de son équilibre entre cantons contributeurs et bénéficiaires d'un côté, et entre cantons bénéficiaires entre eux de l'autre côté.</p> <p>Le Conseil d'Etat invite ainsi le Conseil fédéral à être attentif à cette situation et à faire analyser, par le Groupe technique Efficacité, si les modifications techniques introduites récemment sont vraiment pertinentes au vu de la définition d'une péréquation qui vise à rééquilibrer les ressources entre les collectivités publiques les plus fortes et les plus faibles.</p> <p>En conclusion, nous pouvons valider les chiffres 2023 de la péréquation financière intercantonale. Nous invitons toutefois la CDF à faire preuve de retenue dans ce domaine tant que les effets liés à la réforme fiscale des entreprises et tant que les effets de la pandémie COVID-19 ne seront pas réellement connus sur le système de péréquation intercantonale. (...)"</p>
<p>ZG 23.8.</p>	<p>"(...) Die Zuger Steuerzahlen in den uns vorliegenden Berechnungen der EFV haben wir geprüft, insbesondere jene für das neu hinzugekommene Bemessungsjahr 2019. Die für den Kanton Zug aufgeführten Steuerzahlen sind nachvollziehbar und plausibel. Dies gilt insbesondere auch für die Datenmeldungen von juristischen Personen, welche den kantonalen Steuerstatus aufgegeben haben. Wir haben auch ein Auge auf die Steuerzahlen der anderen Kantone geworfen, dies aber lediglich im Sinne einer groben Plausibilisierung, weil wir von jenen Kantonen keine Detailzahlen kennen. Auch die für die anderen Kantone aufgeführten Steuerzahlen erscheinen uns soweit plausibel.</p> <p>Der Kanton Zug hat 2023 die eindruckliche Summe von 366 Millionen Franken zum Nationalen Finanzausgleich (NFA) beizutragen. Dies entspricht 2864 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Das ist der höchste pro-Kopf-Betrag aller Kantone. Er ist mehr als doppelt so hoch wie derjenige des</p>

	zweitplatzierten Geberkantons. Diese Zahlen knüpfen an diejenigen des Vorjahres an und zeigen einmal mehr, wie der NFA in die Finanzen des Kantons Zug eingreift. Mit den NFA-Zahlungen, dem Beitrag an die Direkte Bundessteuer und den AHV-Überschüssen leistet der Kanton Zug einen ausserordentlich hohen Beitrag an den bundesweiten Wohlstand und den nationalen Zusammenhalt. (...)"
ZH 15.7.	"(...) Wir haben die Datengrundlagen des Kantons Zürich für die Berechnungen des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs und die sich daraus ergebenden Ausgleichszahlungen für das Referenzjahr 2023 geprüft und konnten keine Unzulänglichkeiten feststellen. Im Namen des Regierungsrates des Kantons Zürich kann ich Ihnen mitteilen, dass die Berechnungen plausibel sind und wir keine Bemerkungen zum Bericht oder Anpassungsanträge haben. (...)"